

Wien, am Dienstag, den 18. September 1923.

Gemeinderätin Fleischner gestorben. Der Leichnam der gestern verstorbenen Gemeinderätin Rudolfine Fleischner wird am Samstag, den 22. d. in der Feuerhalle der Stadt Wien eingesechert. Die Mitglieder des Gemeinderates sind für diesen Tag um 5 Uhr nachmittags in den Zeremonienraum des Krematoriums zur Leichenfeier geladen.

Das Ergebnis des freiwilligen Lehrerabbaues. Im Gemeinderatsausschuss für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform berichtete am Montag der städtische Personalreferent Stadtrat Speiser über die Ansuchen, die von den Lehrpersonen der Gemeinde Wien wegen ihres freiwilligen Ausscheidens aus dem Schuldienste, eingebracht worden sind. Das Lehrerabbaugesetz vom 24. Juli d. J. enthält nämlich sehr günstige Bestimmungen für jene Lehrpersonen, die aus dem aktiven Gemeindedienste auszuschneiden beabsichtigen. Bei dem Verwaltungspersonal hat die Gemeinde den freiwilligen Abbau bereits im Frühjahr durchgeführt und es meldeten sich dazu die erforderliche Zahl, so dass ein Zwangsabbau unterbleiben konnte. Auch die Lehrpersonen machten von den Begünstigungen des freiwilligen Abbaues sehr zahlreich Gebrauch. Es haben 243 Lehrpersonen sich für den freiwilligen Abbau entschieden. Von diesen Gesuchen entfallen 163 auf Volksschullehrerinnen, 32 auf Volksschullehrer, 29 auf Arbeitslehrerinnen, 7 auf Bürgerschullehrerinnen, 2 auf Bürgerschullehrer, 2 auf Sonderschullehrpersonen, 3 auf provisorische Lehrpersonen und 4 auf Lehrpersonen der französischen Sprache. Ferner hat ein Religionslehrer um freiwilligen Abbau angesucht. Von den 243 Lehrpersonen haben 92 noch nicht zehn Dienstjahre, 117 zehn bis neunzehn Dienstjahre, 32 zwanzig Dienstjahre und darüber hinaus aufzuweisen. Da an den Wiener Schulen infolge der durch den Krieg stark verminderten Schülerzahl zu viele Lehrpersonen verhasen sind beauftragte der Referent, alle Gesuche um freiwilligen Abbau günstig zu erledigen. Nur jene Lehrkräfte, für die wieder ein Ersatz beschafft werden müsste, wie dies bei den an den tschechischen Schulen wirkenden Lehrpersonen der Fall ist, sollen auch für den freiwilligen Abbau nicht herangezogen werden. Der Gemeinderatsausschuss genehmigte die Vorlage, der auch heute der Stadtsenat zustimmte.

Die Gesamtkosten des Abbaues betragen etwa 9.5 Milliarden Kronen. In der nächsten Zeit werden sich die zuständigen Körperschaften mit der Frage des etwaigen Zwangsabbaues zu beschäftigen haben.

Die neuen Gas- und Strompreise. Der Stadtsenat hat heute für den Ableseabschnitt vom 23. bis 30. d. den Preis eines Kubimeters Gas von 2140 auf 2100 Kronen ermässigt. Die Preise für Licht- und Kraftstrom bleiben für die gleiche Zeit unverändert. Es kostet eine Hektowattstunde Lichtstrom 500 und eine Hektowattstunde Kraftstrom 300 Kronen.

Wie siebente Hilfsschulklasse. Der Wiener Stadtschulrat plant im Zuge der Schulreform auch den Ausbau der Hilfsschule. Es wurde daher an der bisher sechsklassigen Hilfsschule in Währing, Anastasius Grüngasse 10, versuchsweise eine siebente Klasse eröffnet. In diese Klasse werden auch Kinder aufgenommen, die bereits aus der Hilfsschule ausgetreten sind, aber noch keine Stelle haben. Die Anmeldungen um Aufnahme sind ausnahmslos an die Direktion dieser Schule zu richten.

Lohnforderungen der Strassenbahnbediensteten. Der Verband der Handels- und Transportarbeiter hat die Gemeindeverwaltung ersucht, sie möge den Bediensteten der Strassenbahnen die Bezüge in einer den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen entsprechenden Weise erhöhen. Vizebürgermeister Emmerling und der städtische Personalreferent Stadtrat Speiser verhandeln bereits seit einigen Tagen mit den Vertretern des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter und mit dem Hauptausschuss der Strassenbahnbediensteten. Es wird versucht, den Wünschen des Personales nach erhöhten Bezügen so entgegenzukommen, dass jetzt und auch in den folgenden Monaten eine Tarifierhöhung vermieden wird. Begreiflicherweise gestalten sich die Verhandlungen schwierig, doch ist zu hoffen, dass eine beide Verhandlungsteile befriedigende Verständigung erzielt werden wird.

Forderungen der Gemeindeangestellten. Der Verband der städtischen Angestellten und die Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten verlangen von der Gemeindeverwaltung, dass sie den von ihnen vertretenen Beamten, Lehrpersonen und anderen städtischen Angestellten eine weitere Bevorschussung zuerkenne. Die Gemeindeangestellten haben nämlich im Juli einen Vorschuss auf eine Bezugsregulierung erhalten, wobei die Gemeindeverwaltung die ungünstige wirtschaftliche Lage dieser Angestellten anerkannt hat. Die Regierung hat den Bundesangestellten eine etappenweise Erhöhung der Bezüge in Aussicht gestellt. Darauf berufen sich nun die bei den zwei genannten Organisationen befindlichen städtischen Angestellten und verlangen eine neuerliche Bevorschussung. Personalreferent Stadtrat Speiser wird nun mit den beiden Verbänden verhandeln.

Die neue Strassenbahnlinie nach Inzersdorf gesichert. Im ersten Notstandsprogramm der Gemeinde war bereits die Verlängerung der Strassenbahnlinie 65 durch die Triesterstrasse bis an die Gemeindegrenze Inzersdorf vorgesehen. Die Strassenbahndirektion ist sofort, nachdem das Notstandsprogramm vom Gemeinderat genehmigt worden war, bei dem Ministerium für Verkehrswesen um die Erteilung der Konzession eingeschritten, doch teilte dieses Ministerium der Gemeinde mit, dass sie sich an die Wiener Lokalbahngesellschaft wenden möge, weil diese das Recht zur Führung von Linien für dieses Gebiet besitzen. Leider zogen sich die Verhandlungen mit den Vertretern der Lokalbahngesellschaft sehr in die Länge, wodurch die so wichtige Linie nicht zu bauen begonnen werden konnte. Am Montag sprach nun unter Führung des Bürgermeisters Virilli von Inzersdorf eine Abordnung bei Vizebürgermeister Emmerling vor, um namens der Inzersdorfer Bevölkerung den Bahnbau zu urgieren. Vizebürgermeister Emmerling erklärte, dass die Gemeinde Wien sofort mit dem Bau dieser Linie beginnen werde, sobald die Verhandlungen wegen der Konzession günstig beendet seien und sagte auch zu, dass sie sofort mit allem Nachdruck von der Lokalbahngesellschaft die Zustimmung zur Linienführung abermals begehren werde. Heute erklärten nun die Vertreter der Lokalbahngesellschaft, dass diese vorbehaltlos der Führung der Strassenbahnlinie nach Inzersdorf zustimme. Damit ist nun dieses Hindernis aus dem Weg geräumt und die Direktion der Strassenbahn hat auch noch heute an die Regierung gewandt, damit diese die erforderliche Konzession erteile.

Es ist zu hoffen, dass die Regierung diese Konzession rasch erteilt, worauf sofort mit den Arbeiten begonnen werden wird. Die neue Linie wird 2300 Meter lang sein und dürfte ihr Bau etwa 5.7 Milliarden Kronen kosten.